

Die deutsche Antwort

Ein schwerer Entschluß. — Der Friedenswille. — Die deutsche Oeffentlichkeit. — Die Auffassung der Rote Wilsons.
(Von unserem Berliner Berichterstatter.)

K. Berlin, 13. Oktober.

Der schwerste, bedeutendste Schritt seit der Entfesselung dieses Weltkrieges ist getan. Die deutsche Regierung hat, nach eingehendsten Verhandlungen mit allen in Frage kommenden politischen und militärischen Instanzen des Reiches, dem Kriegskabinet, dem Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, dem preussischen Staatsministerium, den Staatssekretären mit und ohne Vorbeswille, dem interfraktionellen Ausschuß des Reichstags, sowie im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung sämtliche Bedingungen, die Präsident Wilson vom 8. Januar dieses Jahres an für das Zustandekommen eines allgemeinen und dauernden Friedens aufgestellt hat, angenommen — bedingungslos angenommen, ohne jede Verkläuterung angenommen. Ein Entschluß, wie er für die kommende Entwicklung und Gestaltung aller mit dem Krieg zusammenhängenden Probleme, vornehmlich aber für das zukünftige Geschick Deutschlands und seiner Verbündeten folgenschwerer nicht gedacht werden kann! Ein Entschluß aber auch, der zum erstenmal seit Kriegsbeginn befähigt ist, der Welt den so schmerzlich ersehnten Frieden wieder zurückzugeben, und der deshalb — was besonders unterstrichen werden soll — den aufrichtigen Dank auch der neutralen Staaten verdient. Selbst wenn er in erster Linie durch die jüngsten Ereignisse auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen und in Anbetracht der gegenwärtigen militärischen Lage Deutschlands, also unter bestimmender Begutachtung des Großen Hauptquartiers, zustande gekommen sein wird, so bildet er andererseits auch wieder die konsequente und entscheidende Weiterführung des von der deutschen Regierung und dem deutschen Parlament verschiedentlich bekundeten Friedenswillens. Man würde also zu weit gehen, wenn man nur von einer durch militärische Umwälzung geschaffenen Zwangslage sprechen wollte. Auch eine nicht minder starke und beachtenswerte Druckverschiebung innerer psychischer Art, wie sie sich namentlich in den letzten innerpolitischen Wandlungen dokumentierte, hat den Entschluß mitbedingt. Die künftige Entwicklungsbahn der Friedensbewegung war schon in dem Moment vorbestimmt, als die Parlamentarisierung Deutschlands vollzogen wurde und die Männer des deutschen Volkes in die Regierung eintraten. Der Prozeß hat sich nur weiterhin folgerichtig abgerollt.

Aus diesem Grunde ist auch die Wirkung des Entschlusses auf die deutsche Oeffentlichkeit, so weit man dies jetzt schon beurteilen kann, durchaus nicht verblüffend, aufreizend, oder gar zu gefährlichem Widerspruch herausfordernd. Gewiß ist man da und dort, wie vor allem in den Kreisen der Aldeutschen, der Konservativen und der Vaterlandspartei, nicht mit dem Vorgehen der Regierung einverstanden. Die konservative Partei hat in einem Aufruf an das Volk auf das Bedenkliche einer Räumung der besetzten Gebiete hingewiesen und jede Verantwortlichkeit mit dieser Politik öffentlich abgelehnt. Gewiß spricht

man da und dort von Schmach und Schwäche, von tiefster Erniedrigung und Demütigung und fragt man zähneknirschend, ob denn wirklich kein anderer Ausweg mehr möglich gewesen sei. Gewiß erkennt man selbst in den linksbürgerlichen Schichten die ungeheure Bedeutung dieser Antwort an Wilson nicht und klammert man sich an jede, wenn auch vielfach recht dialektisch aufgestützte Hoffnung. Ernst ist die Stimmung, tief-ernst sogar und der ganzen Tragweite bewußt, aber sie ist nicht verzweifelt oder mit Explosionsstoff geladen. Man fühlt eher da und dort, so zum Beispiel in den kleinbürgerlichen Kreisen

des Mittelstandes, etwas wie eine Erleichterung vom schwerstem Druck heraus. Die Hoffnung auf Frieden überwiegt bei manchem die Dunkelheit der Stunde.

Anderer wiederum, und nicht zuletzt die Intellektuellen, bauen auf die Anständigkeit und politische Klugheit Wilsons, in dessen Beurteilung seit kurzem überhaupt ein merklicher Wandel zu beobachten ist. Man behandelte ihn mehr und mehr als ernsthaften Denker und als Politiker von überragender und ausschlaggebender Bedou-

tung. Und seit selbst die deutsche Regierung seine Grundsätze als annehmbar erklärt hat und mit ihm in Verbindung getreten ist, zögert auch das Volk nicht, seine Ansichten über den amerikanischen Präsidenten gründlich zu revidieren. Seine Äußerungen und Prinzipien werden der Reihe nach vorgenommen und durchgesprochen und — wie dies vor allem bei seiner letzten Rückfrage der Fall war — mit dem ganzen Spürsinn und Fleiß der deutschen Philologie auf die feinsten und kleinsten Deutungsmöglichkeiten und -unterschiede durchküstelt. Jede Wendung, jede einzelne Partikel wird peinlich auf ihren tieferen Sinn befragt und auf eventuelle Versprechungen und Lichtpunkte ausgebeutet. Wohl noch nie im politischen Leben ist dem einzelnen Wort eine derartige Beachtung zugemessen worden. Aus dieser Tätigkeit wird nun der Schluß gezogen, daß Präsident Wilson es auf einen Rechtsfrieden abgesehen hat, daß auch er nur einen Friedenszustand schaffen will, der für alle Völker von Dauer sein soll und der also auch in bezug auf Deutschland all jene Bindungen und Entscheidungen vermeiden will, die irgend welche Konfliktkeime für die Zukunft in sich tragen. Wilson wolle also Deutschlands Entwicklung nicht unterbinden, sondern ihm eine freie Entfaltung im Weltganzen zugestehen, und er werde sich auch hinsichtlich der esch-lothringischen und der polnischen Frage von dieser Einsicht leiten lassen. Würden diese Gebiete mit einer fast ausschließlich deutschen oder doch von deutschen Elementen stark durchsetzten Bevölkerung an Frankreich oder Polen geschlagen, so würde für diese Länder nur eine neue Art von Irredenta geschaffen, die unmöglich im Sinne einer dauernden Friedensgewähr liegen könne.

Immerhin verkennt man nicht, daß die deutsche Regierung mit ihrem Zugeständnis an Wilson diese Fragen der rein innerpolitisch deutschen Erledigung entrückt und sie der internationalen Lösung anheimgestellt hat. Obwohl man dies als eine wesentliche Gefahr für die Integrität des deutschen Gebietes erkennt, hofft man doch, aus den oben erwähnten Gründen, auf eine für Deutschland nicht allzu ungünstige Entscheidung. Die Polen haben schon jetzt ihre Forderungen auf altpreussische Gebiete mit vorwiegend deutscher Bevölkerung ausgedehnt und sie damit derart überspannt, daß ihnen auch vor einem Deutschland feindlich gesinnten Forum kaum eine Verwirklichung beschieden sein dürfte. Die Räumung des besetzten Gebietes aber wird als ein Akt des Vertrauens dargestellt, der durch nichts überboten werden könne. Selbstverständlich habe der Waffenstillstand schon vorher einzutreten. Damit sei aber der Krieg überhaupt liquidiert.

(Inzwischen ist die zweite Antwort Wilsons eingetroffen; sie hat die Betrachtungen und Erwartungen in Deutschland natürlich heruntergestimmt, wird aber in den nächsten Tagen eine Rückäußerung finden, so daß die Friedensverhandlungen fortgeführt werden. Die Red.).